

China

Die KP zieht Bilanz

Bei der blutigen Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung im Frühjahr 1989 wurden zwischen April und Juni insgesamt 931 Demonstranten getötet und etwa 22 000 Menschen verletzt. Allein bei dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking starben 523 Menschen. Diese Zahlen nennt die Chinesische Akademie der Wissenschaften mit Billigung der Partei. Das Dokument zeigt ebenfalls, wie viele Anhänger die Bewegung hatte. Danach nahmen 3,72 Millionen „Studenten, Dozenten, Arbeiter, Bauern, Partei- und Regierungsfunktionäre“ in 21 Städten an 5000 Demonstrationen teil. Unklar bleibt, wie viele Militärs landesweit bei dem von Deng Xiaoping persönlich befohlenen Einsatz umkamen. Staats- und Parteichef Jiang Zemin sprach bei einer Sitzung im März nur von „vielen Soldaten der Kriegertruppen sowie Angehörigen der bewaffneten Polizei“, die „ihr Leben“ gaben, und von „über 6000“ Verletzten.

Chile

Mörderische Absichten

Der Geheimdienst der Pinochet-Diktatur, Dina, zeichnet möglicherweise für den Tod des einstigen brasilianischen Präsidenten Juscelino Kubitschek mitverantwortlich. Kubitschek war 1976 bei einem Autounfall ums Leben gekommen, dessen Umstände bis heute nicht geklärt werden konnten. Ein bislang geheimer Brief des damaligen Dina-Chefs Manuel Contreras an seinen brasilianischen Amtskollegen General João Figueiredo deutet nun darauf hin, daß Kubitschek beseitigt werden sollte. In dem Schreiben von 1975 bittet der chilenische den brasilianischen Geheimdienstchef, dafür zu sorgen, daß Kubitschek und der chilenische Diplomat Orlando Letelier „nicht ins politische Leben zurückkehren“. Daß Contreras die Ermordung Leteliers, der 1973 Außenminister der Allende-Regierung war, in Auftrag gegeben hatte, stellte inzwischen das oberste chilenische Gericht fest. Kubitschek kam einen Monat vor Letelier ums Leben. Er hatte während seiner Amtszeit von 1956 bis 1961 mehrere Armeerevolten niedergeschlagen und war ein entschlossener Gegner der machtlüsteren Militärs. Vorige Woche entschied ein Gericht in Rio de Janeiro, die Untersuchung des Falles wiederaufzunehmen.